

23./I. 1918

Anfrage der Polen.

Anfrage des Abg. Dr. Olombinski an den Ministerpräsidenten, betreffend die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Der Ministerpräsident wird gefragt, ob er geneigt sei, nach gepflogenen Einvernehmen mit dem Minister des Auswärtigen

1. Aufschluß zu geben, ob die Politik der Monarchie unentwegt daran festhält, daß nach Friedensschluß mit Rußland das ganze vor dem Kriege zum Reich des russischen Reiches gehörende polnische Gebiet ungeteilt, ohne irgendwelche sogenannte Grenzkorrekturen und Grenzsicherungen vollständig frei und uneingeschränkt der Selbstbestimmung der Polen überlassen wird unter gleichzeitiger Räumung seitens der Okkupationsarmeen;

2. dahin zu wirken, daß in jenem Gebiete Polens baldmöglichst eine freie, auf demokratischer Grundlage aufgebaute Volksvertretung ins Leben gerufen und daß derselben die Entscheidung über die Lostrennung Polens vom russischen Staatsverband sowie über die Staatsform, die Verfassung und die Gestaltung der Armee in Polen vorbehalten wird;

3. den Polen bei den gegenwärtigen und zukünftigen Friedensverhandlungen eine selbständige, von der Beeinflussung seitens der kriegsführenden Mächte vollkommen freie Vertretung zur Wahrung der Rechte und Interessen Polens zuzusichern.